

Appell der Delegiertenversammlung vom SAH Schweiz an den Bundesrat

Drei Monate nach der Übernahme Kabuls und des gesamten Landes durch die Taliban herrscht in Afghanistan nach wie vor eine chaotische und unsichere Situation. Äusserst dramatisch stellt sie sich in Bezug auf die Sicherheit und die Achtung der Menschenrechte dar. Mit der Zunahme der Angriffe durch den selbsternannten Islamischen Staat Chorasán, droht das Land in einen neuen Bürgerkrieg abzugleiten. Hinzu kommt die Nahrungsmittelkrise, von der das Land seit Jahren betroffen ist und die durch den Machtantritt der Taliban noch verschärft wurde. Nach Angaben der FAO leidet mehr als die Hälfte aller Afghaninnen und Afghanen, rund 22,8 Millionen Menschen, unter akuter Ernährungsunsicherheit.

Ein Land also, das wirtschaftlich und sozial zusammenbricht, und eine Regierung, die nicht in der Lage ist, der Bevölkerung Sicherheit und ein Minimum an lebensnotwendigen Dienstleistungen zu garantieren. Im Gegenteil: Frauen, ethnische Minderheiten, Künstler*innen, Intellektuelle, Journalist*innen und all jene werden verfolgt, die mit der vorherigen Regierung und den internationalen Organisationen, die vor der Machtübernahme der Taliban im Land präsent waren, zusammengearbeitet haben. Eine Situation, in der die Menschenrechte in eklatanter, alltäglicher und schockierender Weise verletzt werden, insbesondere wenn es sich um Frauen handelt.

Angesichts dieser dramatischen Situation ist der Widerstand der westlichen Regierungen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus Afghanistan nicht länger hinnehmbar. Der Bundesrat hat sich bisher darauf beschränkt, die Aufnahme von etwas mehr als 200 afghanischen Staatsangehörigen anzukündigen, die in der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit gearbeitet haben. Er hat jedoch – ausgenommen der humanitären Hilfe – alle anderen Massnahmen verweigert, die zur Bewältigung der tiefen humanitären, sozialen und wirtschaftlichen Krise in Afghanistan beitragen könnten. Es kann und muss noch mehr getan werden.

Aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Anhörung, der sozialen Unterstützung und der Integration vieler Afghaninnen und Afghanen hat die Delegiertenversammlung vom SAH Schweiz am 18. November 2021 in Bern beschlossen, den folgenden Appell an den Bundesrat zu richten:

- Überprüfung aller Rückführungsentscheide für abgewiesene Afghanen und Afghaninnen, die sich noch in der Schweiz aufhalten, und Regulierung ihrer Situation, indem ihnen zumindest eine vorläufige Aufnahme gewährt wird.
- Unverzögliche Aufnahme eines erheblichen Kontingents bedrohter Afghanen und Afghaninnen über sichere Fluchtwege.
- Vorbereitung einer beträchtlichen Zahl zusätzlicher Resettlement-Kontingente für besonders verletzte Geflüchtete wie Frauen, Kinder und Familien.
- Erleichterung der Erteilung von Visa aus humanitären Gründen und der Familienzusammenführung.